

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
-----------------------------	-----

Teil A

Einleitung und Problemstellung	1
---	----------

Teil B

Grundlagen	7
-------------------------	----------

I. Gang der Untersuchung und Methodik	7
--	----------

II. Umsatzsteuer als Verbrauchsteuer	10
---	-----------

1. Überblick	10
--------------------	----

2. Begriffsexplikation der Verbrauchsteuer	11
--	----

3. Finanzwissenschaftliche Dimension	14
--	----

4. Der Verbrauchsteuercharakter im Lichte der EuGH-Rechtsprechung	16
---	----

5. Kompetenzrechtliche Grundlage der Harmonisierung	19
---	----

6. Grundlagen des Verbrauchsteuercharakters in der MwSt-RL	21
--	----

7. Konsumbesteuerung als Reflex des Gleichheitsgrundsatzes	25
--	----

8. Neutralitätsgrundsatz als Grundlage für die Konsumbesteuerung?	27
---	----

9. Leistungsortbestimmungen – Ausfluss des Verbrauchsteuergedankens?	29
--	----

10. Wirtschaftlicher Anknüpfungspunkt des Steuerentstehungszeitpunktes	31
--	----

11. Zusammenfassung	33
---------------------------	----

III. Die Nettoallphasensteuer und die „Sphären“ der Akteure	34
--	-----------

1. Die Mehrwertsteuer als Nettoallphasensteuer	34
--	----

2. Die Konsumsphäre als private Sphäre	35
--	----

3. Die Konsumsphäre – eine Sphäre für jedermann?	37
--	----

4.	Unternehmen im Sinne des Mehrwertsteuerrechts	42
4.1	Notwendigkeit des Unternehmens-Begriffs	42
4.2	Die verschiedenen „Bereiche“ des Unternehmens	44
4.3	Der Versuch einer Abgrenzung zwischen wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Tätigkeit	44
4.3.1	Nicht wirtschaftliche Leistung aufgrund mangelnder Leistungserbringung	45
4.3.2	Nicht wirtschaftliche Leistung aufgrund mangelnder Entgeltlichkeit	47
4.4	Das Unternehmen im Sinne des Unionsrechts – eine Sphäre für jedermann?	49
4.5	Das Unternehmen und das Recht auf Vorsteuerabzug	50
4.6	Das Zuordnungswahlrecht und das Unternehmen	53
4.6.1	Die Zuordnungs-Judikatur im Zeitraffer	53
4.6.2	Eckpunkte der Zuordnungsjudikatur	55
4.6.3	Zuordnungswahlrecht im Lichte der EuGH-Urteile <i>Securenta</i> und <i>VNLTO</i>	59
4.6.4	Das Zuordnungswahlrecht im Lichte des Art 168a MwSt-RL	63
4.6.5	Zeitpunkt der Zuordnungsentscheidung	67
4.6.6	Dokumentation der Zuordnungsentscheidung	68
4.7	Zusammenfassung	69
5.	Finanzielle Aktivitäten – Durchbrechung des Verbrauchsteuer- gedankens?	70
5.1	Nicht wirtschaftliches Tätigwerden beim Sparen und Investieren	71
5.2	Konsequenzen der Rechtsformungebundenheit bei nicht wirtschaftlichem Tätigwerden	74
6.	Österreichische Rechtslage und die Sphären der Akteure	75
6.1	Vorbemerkung	75
6.2	Das Unternehmen im Sinne des UStG und die Zuordnung zu dieser „Sphäre“	76
6.3	Zuordnung zum Unternehmen im Sinne des UStG und die 10%-Hürde	78
6.4	Beschränkung des Rechts auf Vorsteuerabzug bei nicht wirtschaftlicher Zweckverwendung von Leistungen mit Ausnahme von Grundstücken	81
6.5	Beschränkung des Rechts auf Vorsteuerabzug bei nicht wirtschaftlicher Zweckverwendung von Grundstücken	84
6.6	Zusammenfassung	85
6.7	Kritische Würdigung und eigener Lösungsansatz	86

IV. Der „Sphären-Wechsel“	89
1. Die Vorsteuerkorrektur	90
1.1 Vorsteuerkorrektur im Überblick	90
1.2 Voraussetzungen und Reichweite der Vorsteuerkorrektur ...	90
1.3 Zusammenfassung anhand von Beispielen	93
1.4 Blick ins österreichische Umsatzsteuerrecht	95
2. Die Einlage aus dem Privatvermögen und spätere wirtschaftliche Nutzung von Leistungen der Konsumsphäre	98
2.1 Status quo	98
2.2 Urteil in der <i>Rs Polski Trawertyn</i> – nun alles anders?	100
3. Die „Eigenverbrauchsbesteuerungen“	105
3.1 „Eigenverbrauchsbestimmungen“ im Überblick	105
3.2 Der Eigenverbrauch bei unternehmerischer Zweckverwendung im Lichte der Judikatur zur nicht wirtschaftlichen Tätigkeit	107
3.3 Schnittstellenproblematik: Eigenverbrauch und nicht wirtschaftliche Tätigkeit	110
3.3.1 Ursachenforschung	111
3.3.2 Nicht wirtschaftliche Tätigkeit als Teil der allgemeinen Kosten	116
3.3.3 Überlegungen zur Bemessungsgrundlage	118
3.3.4 Unternehmerische (Weiter-)Verwendung unentgeltlicher Zuwendungen und die unentgeltliche Unternehmensübertragung	121
3.4 Ergebnisse im Hinblick auf die unentgeltliche, aber unternehmerisch motivierte Leistung	123
4. Zusammenfassung	125
V. Die Unternehmereigenschaft	127
1. Unionsrechtliche Vorgaben – der Steuerpflichtige	127
2. Die Mehrwertsteuergruppe	131
3. Der Unternehmer im Sinne des UStG	134
3.1 Kapitalgesellschaften als Unternehmer	134
3.1.1 Unternehmensrechtliche Grundsätze	134
3.1.2 Umsatzsteuerrechtliche Aspekte	135
3.1.3 Die Organschaft	139
3.1.4 Folgen der Organschaft	144
3.1.5 Zusammenfassung	146
3.2 Personengesellschaften als Unternehmer	146
3.2.1 Unternehmensrechtliche Grundsätze	146
3.2.2 Umsatzsteuerrechtliche Aspekte	147
3.2.3 Die Unternehmereinheit	147
3.2.4 Kritik an der Rechtsfigur der Unternehmereinheit ...	150
3.2.5 Unternehmereinheit vs Mehrwertsteuer-Gruppe	153

3.2.6	Organschaft vs Unternehmereinheit	155
3.2.7	Zusammenfassung	159
4.	Gesellschafter als Steuerpflichtiger	159
4.1	Status quo	159
4.2	<i>Rs Polski Trawertyn</i> – nun alles anders?	161
5.	Geschäftsführer als Unternehmer	163
5.1	Unionsrechtliche Überlegungen	164
5.1.1	Das Urteil in der <i>Rs Heerma</i>	164
5.1.2	Das Urteil in der <i>Rs van der Steen</i>	165
5.2	Schlussfolgerungen aus der EuGH-Rechtsprechung	167
5.3	Selbständiges oder unselbständiges Handeln	167
5.3.1	Außenwirkung der Geschäftsführung	169
5.3.2	Innenwirkung der Geschäftsführung	170
5.3.3	Zwischenergebnis	174
5.3.4	Widerspruch zur Holding-Rechtsprechung?	175
5.4	Leistung zwischen Gesellschaft und Geschäftsführer	178
5.4.1	Geschäftsführung als sonstige Leistung im Sinne des Mehrwertsteuerrechts	179
5.4.2	Zwei-Personen-Verhältnis	179
5.5	Überlegungen zur Rechtsformneutralität	181
5.6	Ergebnisse auf Unionsebene	183
5.7	Nationale Sichtweise	184
5.7.1	Gesellschafter-Geschäftsführer bei Personen- gesellschaften	185
5.7.2	Gesellschafter-Geschäftsführung bei Personen- gesellschaften im Spannungsverhältnis mit unionsrechtlichen Vorgaben?	185
5.7.3	Gesellschafter-„Geschäftsführer“ bei Kapital- gesellschaften	186
5.7.4	Gesellschafter-Geschäftsführung bei Kapital- gesellschaften im Spannungsverhältnis zu den unionsrechtlichen Vorgaben?	188
5.8	Zusammenfassung	189

Teil C

Gesellschaftsgründung und Eintritt in eine bestehende Gesellschaft

	191
I.	Traditionelle Auffassung	191
II.	Meinungsstand in der Literatur	192
III.	Die Ebene der Gesellschaft	195
1.	Gesellschaftsgründung und Eintritt eines Gesellschafters aus Sicht des EuGH – die <i>Rs KapHag</i>	195

1.1	Sachverhalt und Vorlagefrage	195
1.2	Urteilstenor	196
2.	Änderungen durch die Rs <i>KapHag</i>	197
2.1	Grundüberlegungen zum Urteilstenor	198
2.2	Gesellschaftsrechtliche Vorüberlegungen zum Eintritt eines Gesellschafters	199
2.3	Gründungsvorgänge mitumfasst?	200
2.4	Die Ausgabe von Gesellschaftsanteilen als nicht wirtschaftliche Tätigkeit	203
2.4.1	Die Ausgabe von Gesellschaftsanteilen – kein nachhaltiges Tätigwerden?	203
2.4.2	Die Gesellschaftsanteile als Nicht-Leistung im Sinne des Mehrwertsteuerrechts	205
2.5	Zurechnungsproblematik – Gesellschaft oder Gesellschafter	209
2.6	Gesellschafterwechsel – ein nicht vergleichbarer Vorgang ...	213
2.7	Geltung für andere Gesellschaftsformen?	216
2.8	Bareinlage und/oder Sacheinlage	217
3.	Vorsteuerabzug und Unionsrecht	218
3.1	Die Entwicklung des Rechts auf Vorsteuerabzug durch „Zugehörigkeit“ zu den allgemeinen Kosten im Zeitraffer	220
3.1.1	Urteil in der Rs <i>BLP Group</i>	220
3.1.2	Urteil in der Rs <i>Midland Bank</i>	222
3.1.3	Urteil in der Rs <i>Abbey National</i>	223
3.2	Zwischenergebnis und Konsequenzen der EuGH-Recht- sprechung mit besonderem Augenmerk auf die Rs <i>KapHag</i>	225
3.2.1	Urteil in der Rs <i>Investrand</i>	228
3.2.2	Urteil in der Rs <i>Securenta</i>	230
3.2.3	Urteil in der Rs <i>VNLTO</i>	231
3.2.4	Urteil in der Rs <i>AB SKF</i>	232
3.3	Schlussfolgerungen aus der EuGH-Rechtsprechung zum Recht auf Vorsteuerabzug durch „Zugehörigkeit“ zu den allgemeinen Kosten	234
3.3.1	Voraussetzung(en) für die Zuordnung zu den allgemeinen Kosten – EuGH-Urteile als Leitlinien	234
3.3.2	Ursache, Sinn und Umfang der Zugehörigkeit zu den allgemeinen Kosten	239
3.3.3	Rechtsprechung nationaler Höchstgerichte im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu den allgemeinen Kosten	240
3.4	Vorsteuerabzug der Vorgründungsgesellschaft	244
4.	Ergebnisse auf Gesellschaftsebene	249

IV. Die Ebene des Gesellschafters	249
1. Wirtschaftliche, nicht wirtschaftliche oder unternehmensfremde Tätigkeit des Leistenden	250
2. Wirtschaftliche Tätigkeit als „Ausfluss“ der Haupttätigkeit des Steuerpflichtigen	252
3. Eigenständiges wirtschaftliches Handeln durch „Eingreifen“ in die Verwaltung der Gesellschaft	256
3.1 Zeitliche Verbundenheit	257
3.2 Vorliegen eines finalen Elements erforderlich?	258
3.3 Unterbleiben des Eingriffs in die Verwaltung der Gesellschaft	260
3.4 Wirtschaftliche Tätigkeit – Vorliegen mehrerer Anknüpfungspunkte?	264
3.5 Anwendung auf Personengesellschaften und natürliche Personen?	266
3.6 Erwerb von Anteilen an Personengesellschaften	269
4. Wirtschaftliches Handeln als Voraussetzung für den Liefercharakter der Sacheinlage	272
4.1 Vorbemerkung	272
4.2 Sacheinlage als Lieferung?	273
4.3 Die Gegenleistung der Gesellschaft	275
4.4 Der Entgeltbegriff aus unionsrechtlicher Sicht	275
4.4.1 Der finale Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung	276
4.4.2 Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung	279
4.5 Der Entgeltbegriff aus nationaler Sicht	282
4.6 Gesellschaftsanteil als Gegenleistung?	286
4.6.1 Ausgabe von Gesellschaftsanteilen als nicht wirtschaftlicher Vorgang – Einfluss auf die Begründung einer Gegenleistung	286
4.6.2 Die Beteiligung als Investition	288
4.6.3 Rechte und Pflichten des Gesellschafters als Anlass zur Beteiligung	292
4.6.4 Exkurs: Der unmittelbare Zusammenhang im Lichte unternehmensrechtlicher Aspekte	294
4.6.5 Unmittelbarer Zusammenhang aus Sicht der Gesellschaft	295
4.7 Bemessungsgrundlage beim Tausch	296
4.7.1 Eine Analyse der unionsrechtlichen Vorgaben	296
4.7.2 Eine Analyse der nationalen Rechtslage	299
4.7.3 Bemessungsgrundlage bei Gesellschaftsanteilen	300
5. Nicht wirtschaftliches Agieren bei Leistung einer Sacheinlage	301

6. Konsequenzen für das Recht auf Vorsteuerabzug	302
6.1 Vorsteuerabzug und spätere wirtschaftliche bzw nicht wirtschaftliche Zweckverwendung	302
6.2 Kein Vorsteuerabzug und spätere wirtschaftliche bzw nicht wirtschaftliche Zweckverwendung	303
7. Ergebnisse auf Gesellschafterebene	304

Teil D

Veräußerung von Gesellschaftsanteilen	307
I. Gesellschaftsrechtliche Vorüberlegungen	307
1. Anteilsübertragung bei Personengesellschaften	307
2. Anteilsübertragung bei Kapitalgesellschaften	308
II. Mehrwertsteuerrechtliche Vorüberlegungen	308
III. Meinungsstand in Lehre und Rechtsprechung	309
IV. Veräußerung von Anteilen als wirtschaftliches Tätigwerden	310
1. Wirtschaftlichkeit durch Eingriff in die Verwaltung der Gesellschaft	311
2. Wirtschaftlichkeit durch unmittelbare, dauerhafte und notwendige Erweiterung der steuerbaren Tätigkeit	313
2.1 Unmittelbare, dauerhafte und notwendige Erweiterung der steuerbaren Tätigkeit im Lichte der EuGH- Rechtsprechung	315
2.2 Schlussfolgerungen aus der EuGH-Rechtsprechung: dauerhafte Tätigkeit oder dauerhaftes Auswirken	316
2.3 Schlussfolgerungen aus der EuGH-Rechtsprechung: Verkauf aus dem nicht wirtschaftlichen Bereich als wirtschaftliche Tätigkeit	318
V. Gesellschaftsanteil als Leistung im Sinne der MwSt-RL	320
VI. Steuerbefreiung, Option und Vorsteuerabzugsrecht	321
VII. Schlussfolgerungen	322

Teil E

Ausscheiden eines Gesellschafters	325
I. Gesellschaftsrechtliche Vorüberlegungen	325
1. Das Ausscheiden eines Gesellschafters bei Personen- gesellschaften	325
2. Das Ausscheiden eines Gesellschafters bei Kapitalgesellschaften	327
II. Mehrwertsteuerrechtliche Grundüberlegungen	328
1. Die Ebene des Gesellschafters	328

1.1	Meinungsstand in der Literatur	329
1.2	Gesellschafter als Steuerpflichtiger bei Ausscheiden aus der Gesellschaft	330
1.3	Gesellschaftsrechte als Leistung im Sinne der MwSt-RL	333
1.4	Vorsteuerabzug beim Ausscheiden aus der Gesellschaft	333
1.5	Ausscheiden aller Gesellschafter bis auf einen	335
1.6	Schlussfolgerung auf Ebene des Gesellschafters	336
2.	Die Ebene der Gesellschaft	337
2.1	Steuerpflichtigeneigenschaft der leistenden Gesellschaft	338
2.2	Die Gegenleistung des Gesellschafters	341
	2.2.1 Worin liegt die Gegenleistung?	341
	2.2.2 Gesellschaftsanteile als Entgelt im Sinne der MwSt-RL	344
	2.2.3 Unmittelbarer Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung	344
2.3	Die Bemessungsgrundlage	346
2.4	Schlussfolgerungen auf Ebene der Gesellschaft	347
 Teil F		
Liquidation und Beendigung der Gesellschaft		349
I.	Gesellschaftsrechtliche Vorüberlegungen	349
II.	Mehrwertsteuerrechtliche Grundüberlegungen	350
	1. Traditionelle Auffassung	350
	2. Ebene des Gesellschafters	351
	3. Ebene der Gesellschaft	352
 Zusammenfassung		357
 Anhang		365
	Literaturverzeichnis	365
	Judikatur	376